Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 53

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 22. Januar. 1892

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Präsidium wird ermächtigt, dem Könige zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Hauses zu überbringen.

Vizepräsident v. Heereman macht Mittheilung von dem Ableben des Abg. Robert-Tornow. Die Mitglieder des Hauses erheben sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der Interpellation v. Eynern, ob die Regierung beabsichtigt, noch im Laufe der Session eine Vorlage zu machen, durch welche die Geheimhaltung der Steuererklärung durch Aufhebung der entgegenstehenden älteren Bestimmungen gesichert wird.

Minister des Innern, Herrfurth, erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort

Abg. v. Eynern (nl.): Eine der grundlegenden Bestimmungen des neuen Einkommensteuergesetzes und eine wesentliche Voraussetzung für seine Annahme war die Geheimhaltung der Steuererklärungen, die Sicherheit, daß keinem Unbefugten Einblick in die Vermögensverhältnisse des Einzelnen gestattet sein soll. Dieser Forderung stehen aber die älteren Bestimmungen gegenüber. Dort, wo die Gemeindezuschläge nach der Staatssteuer bemessen und die Gemeindewahlen nach Maßgabe der Gemeindesteuern stattfinden, läßt sich die Geheimhaltung nicht durchführen, da die nach Steuerklassen eingetheilten Wählerlisten öffentlich aufgelegt werden. Alle Parteien waren bei der Berathung des Einkommensteuergesetzes darin einig, daß Maßregeln getroffen werden müßten, welche die Veröffentlichung der Steuerveranlagung verhinderten. Man begnügte sich aber damals mit der milden Erklärung des Ministers, daß über die Veranlagung im Einzelnen das Geheimniß gewahrt werden sollte, unter anderem auch dadurch, daß die Veranlagung dem Steuerpflichtigen in geschlossenem Couvert zugehen soll. Das geschieht doch aber bloß bei der Staatssteuer, die nach dieser bemessene Gemeindesteuer wird davon nicht betroffen, weil die Steuerlisten offen gelegt werden. Wie dringend eine Abhilfe nöthig ist, beweisen die zahlreichen Petitionen von Handelskammern und Privatpersonen. Die Offenlegung der Wählerlisten nach den Steuerklassen geschieht in den östlichen Provinzen und in Rheinland und Westfalen. Auch die Kirchenordnung für die älteren Provinzen schreibt vor, daß die Wählerlisten offen gelegt und bei jedem Namen der Betrag der Kirchensteuer hinzugefügt werde. Ein Vorschlag auf Beseitigung der Uebelstände geht dahin, daß die Wählerliste in jeder Klasse die Namen der Wähler in alphabetischer Ordnung enthält, wobei nur die unterste Steuergrenze für jede einzelne Klasse angegeben wird. Hoffen wir, daß sich ein Weg finden wird, der Alle zufrieden stellt.

Minister des Innern Herrfurth: Die vorliegende Frage ist bereits seit längerer Zeit zwischen den betheiligten Ministerien Gegenstand der Erwägung gewesen. Gegen Ende des vorigen Jahres wurden die sämmtlichen Provinzialbehörden zu einer Berichterstattung darüber aufgefordert, ob und in wieweit es zweckmäßig und ausführbar sein werde, Aenderungen in denjenigen Bestimmungen eintreten zu lassen, welche die Offenlegung von Steuerlisten der Kommunal-, Kirchen- und Schulsteuern und anderen öffentlichen Abgaben und der Wählerlisten zum Abgeordnetenhaus und Kommunalwahlen theils vorschreiben, theils gestatten. Die Berichte sind erst zum kleinsten Theile eingegangen. Die Erörterungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, und es läßt sich daher augenblicklich nicht mit Bestimmtheit übersehen, ob und welche Maßnahmen nach dieser Richtung getroffen sein werden und insbesondere, ob — was ich für meine Person allerdings für wahrscheinlich halte — es nothwendig werden wird, mit der Vorlage eines besonderen Gesetzes an das Haus heranzutreten.

Die Sache liegt auch nicht so einfach wie Herr v. Eynern und die verschiedenen Petitionen meinen. Die Absicht des neuen Einkommensteuergesetzes, welche auf eine Geheimhaltung des Inhalts der Steuererklärungen sowie aller zur Kenntniß der Kommission gekommenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der einzelnen Zensiten gerichtet ist, befindet sich allerdings nicht im Einklang mit denjenigen Bestimmungen, welche die Offenlegung von Wähler- und Steuerlisten vorschreiben, aus denen entweder unmittelbar dieses Resultat zu ersehen ist oder ein sicherer Rückschluß darauf gemacht werden kann. Allein ein äußerlich direkter Widerspruch zwischen den betreffenden Bestimmungen liegt nicht vor. Die betheiligten Beamten sind verpflichtet zur Geheimhaltung, die Zustellung des Veranlagungsergebnisses erfolgt im verschlossenen Couvert, eine Offenlegung der Listen für die Staatseinkommensteuer findet nicht statt. Das steht nicht in direktem Widerspruch damit, daß die Behörden und Vorstände eines kommunalen Verbandes Listen veröffentlichen müssen, aus denen die Höhe der Kommunal-, Kirchen- und Schulsteuern zu ersehen ist. Dieser Zustand besteht übrigens schon seit 40 Jahren, seit dem Gesetz von 1851, im Anschluß an das auf die Offenlegung von Wähler- und Steuerlisten unter Angabe der Steuerbeträge angeordnet wurde. Nun gebe ich aber zu, daß durch die Einführung der Deklarationspflicht in dem neuen Steuergesetze allerdings dieser innere Widerspruch ja wesenlich verschärft wird: ja er hat jetzt wesentlich einen andern Charakter angenommen. (Sehr richtig!) Früher war die Bestimmung der Geheimhaltung wesentlich im Interesse der einzelnen Censiten, jetzt ist außerdem auch ein wesentliches öffentliches Interesse mit im Spiel, weil das Bekanntwerden der Steuersätze eine ungünstige Rückwirkung äußern würde auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Steuererklärung.

Ich glaube vorbehaltlich der definitiven Entscheidung vorläufig sagen zu können, daß dieser Widerspruch sich vollständig beseitigen läßt, bezüglich der Steuerlisten, nicht vollständig aber bezüglich der Wählerlisten. Gewisse Steuerlisten lassen in der That einen Rückschluß auf die Einkommensteuer zu, so bei der Kirchensteuer, die nur ein Prozentsatz der Einkommensteuer ist. Die Offenlegung der Steuerlisten hat hier auch lediglich ein Interesse für den einzelnen Steuerzahler bezüglich seiner eigenen Steuerleistung; ein öffentliches Interesse hat sie nicht, da der einzelne Censit nur reklamiren kann gegen seine eigene Einschätzung, nicht dagegen, daß er zwar richtig, andere aber falsch eingeschätzt sind. Die öffentliche Verbreitung von Steuerlisten, wie sie in einzelnen Bezirken vorkommt, ist durchaus unzweckmäßig. Ein öffentliches Interesse wird dadurch nicht gefördert, sondern höchstens das ohnehin schon zu weit verbreitete Bestreben, die Einkommenverhältnisse zum Gegenstand von Gesprächen auf der Bierbank oder in Kaffeekränzchen zu machen. Bezüglich der Schulsteuern habe ich schon in einer Anweisung darauf hingewiesen, daß eine Offenlegung der Steuerlisten unzulässig sein soll; diese Bestimmung wird sich ohne Bedenken durch ein besonderes Gesetz für alle öffentlichen Abgaben generalisiren lassen, welche als Zuschläge zu der Staatseinkommensteuer erhoben werden.

Anders liegt die Sache bezüglich der Wählerlisten. Zunächst wird hier bei keiner Liste ausschließlich zu Grunde gelegt der Betrag der Staatseinkommensteuer, sondern es werden sämmtliche direkten Staatssteuern, also Einkommen-, Gewerbe- und Gebäudesteuer, bei den Kommunalwahlen in Westfalen die sämtlichen direkten Staatssteuern unter Hinzurechnung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialabgaben zu Grunde gelegt. Aus einer solchen Steuerliste wird man nur in sehr vereinzelten Fällen einen Rückschluß auf die Veranlagung in der Staatseinkommensteuer oder Gemeindeeinkommensteuer haben. Andererseits ist die Offenlegung der Listen nothwendig im öffentlichen Interesse zur Sicherung eines richtigen politischen Interesses. Denn gegen die offen gelegte Wählerliste kann jeder Einzelne reklamiren, nicht nur wenn er selbst nicht aufgenommen ist oder in eine falsche Klasse gesetzt, sondern auch wegen jeder anderen Unrichtigkeit und zwar mit vollem Recht, weil das Schwergewicht des vollen Wahlrechts der einzelnen Wähler bedingt ist durch die Einschätzung jedes anderen Wählers. Im öffentlichen Interesse muß also eine Kontrolle für die Richtigkeit der Wählerliste gegeben werden. Bei dem vom Abg. v. Eynern gemachten Vorschlage würde die Kontrolle nach dieser Richtung hin ausgeschlossen sein. Es wäre vielleicht in Erwägung zu ziehen, ob man etwa durch das Loos einzelne Vertrauensmänner bestimmen soll, die die Kontrolle ausüben sollen. Ich bin aber zweifelhaft, ob das genügen wird. Die Staatsregierung ist vor die Aufgabe gestellt, dieses öffentliche Interesse wahrzunehmen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß nicht durch einseitiges Betonen des einen Interesses ein anderes öffentliches Interesse geschädigt wird. Ich gebe mich aber der Erwartung hin, daß es gelingen wird, zu einem Ergebniß zu kommen, welches nach beiden Richtungen hin volle Befriedigung hervorrufen kann.

Eine Besprechung der Interpellation wird nicht verlangt; dieselbe ist also damit erledigt.

Es folgt die erste Etatsberathung.

Abg. Rickert (df.): Die Balanzirung des vorgelegten Etats ist höchst zweifelhaft. Dieser Zustand rührt von der Abhängigkeit des ganzen Etats vom Eisenbahnetat her. Wir haben seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen das Schicksal der zukünftigen preußischen Finanzverwaltung vorausgesagt. Man hat uns damals nicht hören wollen, man hat Wohlfahrtsrücksichten in den Vordergrund geschoben und hat dabei doch nicht an die Konsequenzen gedacht, welche dieses Verfahren für den Staatshaushalt und für die Volkswohlfahrt haben kann. Kein Jahr ist vergangen, ohne daß wir darauf hingewiesen haben, daß der preußische Eisenbahnminister in Wahrheit der preußische Finanzminister geworden ist; denn er hat den ganzen Etat in der Hand. 1889/90 hatten wir noch einen Ueberschuß von 97 Millionen, der im nächsten Jahre auf 11 Millionen zusammengeschrumpft ist, und im laufenden Jahr steht uns ein mögliches Defizit von 24 Millionen. Daß die Eisenbahnverwaltung bei diesen Schwankungen am meisten betheiligt ist, wird daraus, daß der Mehrüberschuß der Eisenbahnen 1889/90 46 Millionen betrug, daß dagegen 1890/91 ein Minderüberschuß von 31 Millionen sich ergab und im laufenden Etat ein solcher von 42 Millionen ergeben sich wird. Der Finanzminister thut sich etwas zu Gute, daß er dieses Resultat prophezeit hat. Das ist doch nicht wunderbar für einen Finanzminister, der das Material in Händen hat und mehr wissen muß als ein gewöhnlicher sterblicher Abgeordneter. Kein Abgeordneter kann den Etat wirklich übersehen. Sogar die Herren von der Finanzverwaltung habe ich in Verdacht, daß sie dem Eisenbahnteat gegenüber eine gewisse Ohnmacht empfinden. Wir würden einen besseren Einblick in die Sache haben, wenn wir das Gesammtmaterial in den Händen hätten, wenn wir das Verhältniß der Steigerung der Ausgaben zu der Steigerung der Einnahmen kennen würden.

Wenn sonst der Finanzminister von den Ueberschüssen der Eisenbahnverwaltung sprach, dann hörte man auf seiner Seite (rechts) immer das Hört! Hört! und die Freunde der Verstaatlichung standen auf und sagten: Wo wären wir hingekommen ohne die Verstaatlichung? Nun, diese Herren werden immer vereinsamter. Herr Hammacher denkt heute schon ganz anders darüber als früher. Das Hört! Hört! auf jener Seite war bei der letzten Etatsrede des Finanzministers nur zu vernehmen, als er aussprach, daß die Domänenverwaltung 240 000 Mark Mindereinnahmen hatte. Das richtete sich freilich gegen uns im Reichstage drüben, gegen unsere Stellung zu den Handelsverträgen, gegen unsere Absicht, die Landwirthschaft zu ruiniren. (Heiterkeit, links.) Das Hört! Hört! bei den Ergebnissen der Eisenbahnverwaltung ist aber verschwunden. Gerade bei der Vermehrung der Ausgaben und Verminderung der Einnahmen sind die Sekundärbahnen sehr stark betheiligt und hierin liegt wenigstens ein Theil des Zurückgehens der Ueberschüsse. 1886/87 verhielten sich die Sekundärbahnen wie 18 : 82, 1890/91 wie 24,8 : 72,2, und jetzt wie 26 : 74. Es hat also eine wesentliche Verschiebung zu Gunsten der Sekundärbahnen stattgefunden. Bei der Verstaatlichung hieß es, nur der Staat ist im Stande, die Verkehrsbedürfnisse, namentlich in den ärmeren Provinzen durch Bau von Eisenbahnen von untergeordneter Bedeutung zu erfüllen. Wenn wir aber in dem bisherigen Maße Sekundärbahnen weiter bauen, macht der ganze Eisenbahnetat bankerott. Jetzt will ja die Regierung ein Sekundärbahngesetz einbringen; ich glaube aber, es kommt zu spät. Nachdem der Staat rücksichtslos eine Reihe von Jahren alle Anträge zurückgewiesen hat, wo das Privatkapital bereit war, mit den kommunalen Verbänden derartige Bahnen von untergeordneter Bedeutung zu bauen, werden wir das Kapital nicht mehr willig machen können, jedenfalls nur dann, wenn die Eisenbahnverwaltung endlich alle bureaukratischen Rücksichten abstreift, wenn sie Freiheit der Tarife giebt, wenn sie nicht mehr die erschwerenden Konzessionsbedingungen macht, an welchen bisher alle Unternehmungen gescheitert sind.

Wenn angesichts der Steigerung der Ausgaben der Finanzminister sein Augenmerk mehr als früher auf die Eisenbahnen gerichtet hat, so gebe ich ihm darin vollkommen Recht. Wir stehen aber nicht auf Seiten des Finanzministers, wenn er ein Hinderniß ist gegen eine Tarifreform. Eine Tarifreform, die geschickt gemacht wird, braucht nicht nothwendig eine Verminderung der Einnahmen zur Folge zu haben, sondern eine Vermehrung. Die Tarifreformen sind uns bei der Verstaatlichung feierlich versprochen worden, und auch hier haben sich die Herren Verstaatlicher glänzend geirrt. Es ist eine traurige Genugthuung für uns, die wir gegen die Verstaatlichung gestimmt haben, was jetzt der Handelstag, was jetzt Herr Hammacher erklären muß, daß wir auf einem todten Punkt angelangt sind. Die Privatbahnen hätten uns schon lange Tarifreformen eingeführt. Eine Verwaltung von 1 000 km. kann es allerdings auch viel leichter thun, als eine Verwaltung von 25 000 km. Und daß Privatbahnen auch unter den schwierigsten Verhältnissen etwas zu leisten verstehen, hat jetzt bei dem russischen Ausfuhrverbot die kleine Bahn Marienburg-Mlawka gezeigt, die in kurzer Zeit ungeheure Transporte von Rußland eingeführt hat. Man hat durch die Verstaatlichung die Konkurrenz getödtet. Herr Hammacher hat in der Budgetkommission des Reichstags sogar erklärt, wir seien jetzt so weit, daß wir die Eisenbahnen verpachten oder verkaufen müßten. Wir hatten solche Gedanken bisher nur unserem eignen Gehirn zugetraut (Heiterkeit links). Die Erfahrungen müssen aber noch überzeugender kommen.

Wir müssen die Einwirkung des Finanzministers wünschen. Ich mache dem Finanzminister aber einen Vorwurf daraus, daß er die einzige Gelegenheit, die er hatte, seine Einwirkung zu stärken und sich eine Schutztruppe in der Landesvertretung zu schaffen, nicht ergriffen hat. Er hat unser Verlangen nach Quotisirung der Einkommensteuer nicht unterstützt. Nur eine solche Quotisirung giebt dem Volksvertreter die Stellung neben dem Finanzminister. Jetzt mag der Finanzminister sehen, wie er zwischen den übrigen Ministern und dem Hause durchkommt. Den Herren von der rechten Seite, die sich gegen jede Quotisirung der Einkommensteuer verwahrt haben, ist vor allem Recht geschehen. Mit Schadenfreude habe ich den letzten Paragraphen des Schulgesetzes gelesen, in welchem 9 Millionen aus dem Einkommensteuergesetz für die Schulen genommen werden. Im vorigen Jahre haben Sie feierlich beschlossen: alles was über 80 Millionen einkommt, wird reservirt und thesaurirt, und nun nimmt Ihnen der Finanzminister mit Eleganz von den thesaurirten Millionen 9 Millionen (Heiterkeit.) Auf das Ergebniß des Einkommensteuergesetzes sind wir gespannt. Was man über die Methoden der Selbsteinschätzung hört, muß zum Theil mit Schrecken erfüllen. Ich habe die Besorgniß, daß gerade aus den landwirthschaftlichen Kreisen viel weniger herauskommen wird, als wir angenommen haben. Beklagte sich doch ein Landrath darüber, daß einzelne Landwirthe ihr Einkommen viel zu niedrig angeben. Der Minister verlangt 20 Vorsitzende für die Veranlagungskommission, er will also 20 Landräthen das Geschäft abnehmen. Das reicht aber nicht. Die Landräthe können das Amt nicht voll ausführen, das die ganze Kraft eines Mannes erfordert. Es geht einem bei dem Gesetze wie einem Stellungspflichtigen vor der Militärbehörde, man muß sich ausziehen, das Hemd sogar (Heiterkeit.) Das ist nicht angenehm. Aber trotzalledem hoffe ich, daß mit der Zeit die Selbsteinschätzung so glücklich überwunden werden wird, wie in Sachsen. Wir machen mit der Selbsteinschätzung einen Schritt weiter in der Stärkung des staatlichen Pflichtbewußtseins jedes einzelnen Bürgers. Damit aber der Druck der Selbsteinschätzung allmählich weniger empfunden wird, müssen der Finanzminister und seine Organe mit Coulanz zu Werke gehen. Den Ausfall des Domänenetats kann man als einen besonderen Niedergang der Landwirthschaft nicht auffassen. Man müßte sich eigentlich wundern, daß der Ausfall nicht noch größer ist.

Die einzelnen Ausfälle liegen in den besonders hohen Pachtbeträgen der früheren Jahre. — Bei der landwirthschaftlichen Verwaltung fällt uns eine Mehrausgabe von 150 000 Mk. auf für die Förderung landwirthschaftlicher Zwecke in den östlichen Provinzen. Das ist die Frucht der Ministerreise, die in der offiziösen Presse so viel Furore gemacht hat. Wenn ein paar so mächtige Minister in Kompagnie eine Reise machen und mit den Regierungskollegen über den Nothstand diskutiren, so denken die Provinzen unwillkürlich, nun wird uns wirklich geholfen. 150 000 Mk. für Förderung landwirthschaftlicher Interessen sind doch aber keine Hilfe. Wenn Sie aber etwa meinen, daß die Einführung der Staffeltarife für die östlichen Provinzen eine Wohlthat sei, so befinden Sie sich in einem großen Irrthum. Selbst die einsichtigen Agrarier sagen, daß damit ein besserer Absatz nach dem Westen nicht herbeigeführt wird. Damit beeinträchtigen und schädigen Sie die Handelsstädte, den Transitverkehr durch den Staffeltarif. Auf politischem Gebiet kann ein Wunderdoktor die besten Erfolge erzielen, wenn er nur die nöthige Kourage hat, Reklame zu machen. Da stürmt alles in die Bude hinein und kauft das Mittel, wenn es auch theuer ist. (Heiterkeit.) Es wäre doch wünschenswerth, daß endlich einmal seitens der Regierung eine Klärung der Sachlage erfolgt, damit die Bevölkerung weiß, woran sie ist.

Von den Handelsverträgen haben die Konservativen eine Schwächung der militärischen und maritimen Kraft Deutschlands prophezeit. Nun, auf den Getreidezöllen ruht diese Kraft, Gott sei Dank! nicht. Wir haben gehört, wie gering der Ausfall für Preußen geschätzt wird. Daß für die Kreise der größere Ausfall nicht zum Nachtheil ist, sehen wir aus der bisherigen Verwendung der lex Huene. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die lex Huene aufgehoben wird und lieber ein bestimmtes Quoto der Realsteuern meinetwegen an die Kreise überwiesen wird.

Der Finanzminister betont seine Standhaftigkeit gegenüber den anderen Ressorts. Aus dem Zugeständniß an die einzelnen Ressorts geht das nicht hervor. Es muß also in Bezug

auf den Appetit der einzelnen Ministerien sehr bedenklich gestanden haben. Besonders im Kultusetat finde ich gar keine Standhaftigkeit des Finanzministers, der leichten Herzens für den Dom eine so große Summe zugestanden hat, während doch weit dringlichere Ausgaben, z. B. die für die Beamten, zurückgestellt werden mußten. Auch die Ablösung der Stolgebühren war doch keinenfals so eilig wie die Aufbesserung der unteren Beamtenkategorie.

Wir freuen uns, das mit der uns zugesagten Vorlage über den Welfenfonds dieser endlich in andere Bahnen kommen soll. Wir sind aber nicht so erfreut über den Gang, welchen die Entwicklung der offiziösen Presse genommen hat. Nach den früheren Erklärungen des Ministerpräsidenten konnten wir zu dem Glauben berechtigt sein, daß das Unwesen der öffiziösen Presse nun ganz aufhören würde. Wenn jetzt dennoch ganz ungeheuerliche Vorstellungen darüber verbreitet sind, so ist es dem Umstande zuzuschreiben, daß wirklich noch in erkennbarer Weise die offiziöse Presse am Leben ist. Ich persönlich glaube ja nicht an die mehrfach verbreitete Behauptung, daß der Reichskanzler zur Begründung einer konservativen Zeitung im Regierungssinne eine große Summe hergegeben habe. Das anzunehmen, wäre nach seinen früheren Erklärungen eine Beleidigung des Reichskanzlers. Aber unbestreitbar ist es jetzt ganz so wie zur Zeit der offiziösen Presse, nur daß die Sache nicht mit demselben Geschick gehandhabt wird. (Heiterkeit.) Ich möchte dem Herrn Kultusminister anheim geben zu erwägen, ob denn wirklich noch ferner der Welt ein solches Schauspiel bereitet werden soll, wie es mit der offiziösen Veröffentlichung über den Inhalt des Volksschulgesetzes geschehen ist mit einem Ungeschick, wie man es unter dem Fürsten Bismarck allerdings nicht kannte. Die Regierung soll ihre Veröffentlichungen über die innere Politik unter offenem Visir erlassen und nicht in offiziöser Weise. Sie brauchen die offiziöse Presse nicht, und hoffentlich wird die Regierung sich überzeugen, daß sie sich selbst einen besseren Dienst erweist, wenn sie davon abläßt.

Nach der ersten Eröffnungsrede des Grafen Caprivi habe ich es nicht für möglich gehalten, daß ein Ministerium einen so unglücklichen Tag haben würde, wie der war, wo es das neue Volksschulgesetz einbrachte. (Sehr richtig! links.) Die Herren Minister müssen sich nicht der Konsequenzen bei diesem Gesetz bewußt gewesen sein. Es ist unbegreiflich, wie ein Ministerium, das 1890 den Goßlerschen Entwurf vertreten hat, unmittelbar den Zedlitzschen Entwurf vorlegen konnte, (sehr richtig! links), da doch die Anschauungen des neuen Entwurfs die des vorjährigen vollständig aufheben und nach unserer Meinung das Schulwesen auf eine Bahn bringen, die zum Verderben des Vaterlandes führt. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts und im Zentrum.) Wir werden den Kampf um die Staatsschule gegen die Kirchenschule aufnehmen (Zustimmung links; Unruhe rechts und im Centrum) und wenn Sie kraft Ihrer Majorität in dieser Session auch das Gesetz in den Hafen zu bringen hoffen, das Volk — und nicht blos das liberale Volk — wird so lange dagegen anstürmen, bis es zu Boden liegt und die alte Schule wieder auferstanden ist. Es ist bezeichnend, daß eine offiziöse Wiener Zeitung von dem Entwurf sagen konnte, daß wir damit zu den Zeiten des alten Bundesstaates zurückgekehrt sind. Ich habe eine solche Schwankung der Anschauungen in einem einzigen Jahre nicht für möglich gehalten. Herr von Caprivi hat die Zugeständnisse des vorigen Entwurfs an die Religionsgesellschaften als das äußerste, was zugestanden werden konnte, charakterisirt. Dieser neue Entwurf enthält aber genau das prinzipielle Gegentheil von jenem: er überliefert die Schule der Kirche. (Widerspruch im Zentrum). Das wird Ihnen nicht gelingen, und wenn das Gesetz wirklich zur Annahme gelangt, so wird im Lande ein Kampf entstehen, dessen Ausgang mir nicht zweifelhaft ist. Ich habe das Zutrauen zur gesunden Kraft des Volkes, daß es derartige Versuche abzuschütteln im Stande ist.

Gegen dieses Volksschulgesetz werden nicht blos alle Liberalen einmüthig zusammentreten — ich begrüße den Moment, wo wieder einmal alle Liberalen in einer wichtigen Staatsaufgabe Hand in Hand gehen, — sondern auch von der rechten Seite werden viele Männer mit uns zusammenstehen gegen das Gesetz, welches mit den alten Friedericianischen Grundsätzen bricht, durch welche wir groß geworden sind. Bedauern muß ich, daß der Ministerpräsident diese Frontveränderung vorgenommen hat. Wir verstehen diese Veränderung nicht. Es bleibt uns jetzt nichts Anderes übrig, als auf diesem Gebiete den aufgedrungenen Kampf aufzunehmen, und wir werden schließlich doch zum Siege kommen (Langanhaltender Beifall links und bei den Nationalliberalen, Zischen im Zentrum).

Abg. Freih. v. Huene: Ich bin ganz entgegengesetzter Meinung über das Volksschulgesetz als Abg. Rickert. Die friedericianischen Schulreglements gehen in Bezug auf das Recht der Kirche gegenüber der Schule noch viel weiter als der Entwurf. Anstatt Phrasen hineinzuwerfen, mußte sich Abg. Rickert also auf die Grundlage der Thatsachen stellen. Selbst im staatlichen Schulsystem läßt sich die christliche Schule durchführen, wie wir wollen (Bravo! im Zentrum). Sie aber wollen das Christenthum hinausweisen aus der Schule (Lachen links, Beifall im Zentrum). Was giebt uns denn der Entwurf anders als die Leitung des Religionsunterrichts unter Leitung der Kirche, ohne daß an der Staatsschule gerüttelt wird. Wenn ein Schulgesetz nach ihrem Sinne zu Stande kommt, dann wird in 10 Jahren über unsere christliche Gesellschaftsordnung zur Tagesordnung übergegangen werden, dann machen Sie sich auf den Sieg der Sozialdemokratie gefaßt. (Lachen links,) Beifall im Zentrum, Zuruf links). Wenn mir zugerufen wird, Ultramontanismus und Christenthum sei uns dasselbe, so glaube ich, daß Sie nervös geworden sind (Lachen links) aus Haß gegen uns (Widerspruch links), aus fanatischem Gegensatz zu uns. (Lachen links).

Was nun den Etat anbetrifft, so hat der Minister wohl zu schwarz gemalt. Die Verhältnisse werden sich wohl günstiger gestalten. Ich war von Anfang an ein Gegner der Eisenbahnverstaatlichung. Wenn wir sie aber einmal haben, müssen wir dafür sorgen, daß die finanzielle Wirkung eine günstige ist, und bis jetzt war sie auch eine günstige.

Abg. Rickert hat die ungünstige Wirkung der lex Huene hervorgehoben. Warum stellt er dem nicht das Gute gegenüber, das viele Kreise von der lex Huene gehabt haben? Wenn aber mißbräuchliche Verwendung der Gelder vorgekommen ist, wo war denn da die Aufsichtsbehörde? Welche Wirkung die neuen Handelsverträge auf die Ueberweisung haben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Aber die Zolleinnahmen werden wohl kaum niedriger werden, weil die Einfuhr wegen des niedrigen Zolles und der Vermehrung der Bevölkerung ohne Erhöhung der eigenen Produktion zunehmen muß.

Die Einkommensteuer bedeutet unzweifelhaft einen großen Fortschritt gegenüber der früheren Zeit. Wenn über niedrige Einschätzung der Landwirthe geklagt wird, so bedenke man, daß die letzten zwei Jahre für die Landwirthschaft außerordentlich schlechte waren. Einverstanden bin ich mit dem Finanzminister, daß Sparsamkeit geübt werden muß, aber nur insoweit, als es mit dem allgemeinen Interesse vereinbart werden kann. Wo Ausgaben nothwendig sind, müssen wir sie auch bewilligen. Ob der Finanzminister einen solchen Einfluß auf die Ausstattung der Bauten haben wird, glaube ich doch bezweifeln zu können. (Beifall im Zentrum.)

Ministerpräsident Graf v. Caprivi: Wenn hier die Rede gewesen ist von einer Verpachtung der Staatsbahnen, von einem Zurückgehen vom Staatsbahnsystem, von dem Umfang den es jetzt angenommen hat, so ist die Staatsregierung nicht im Stande, auf solche Ideen einzugehen. In der Existenz der Staatsbahnen liegt ein so starkes Moment vom militärischen bis zum allgemeinen politischen Gesichtspunkt, daß sie darauf unmöglich eingehen kann.

Herr Rickert hat sodann gemeint, die gegenwärtige Regierung habe eine Schwenkung der Politik in Betreff des Volksschulgesetzes vorgenommen. Ich habe schon früher ausgesprochen, daß ich es nicht für möglich halte, daß die Regierung eines monarchischen Staates sich ausschließlich auf eine Partei stützt. Es liegt in der Natur der Parteibildung, wirthschaftliche Motive hervorzuheben, und je mehr wirthschaftliche Motive hervorgekehrt werden, desto mehr liegt in der Thätigkeit der Parteien die Gefahr, daß das Ganze außer Acht gelassen wird und man zu Extremen kommt, die in andere Extreme umschlagen. In einem wesentlich monarchischen Staate kann und darf eine Regierung sich nicht verpflichten, auf die Dauer mit gewissen Parteien zu gehen. Noch heute stehe ich auf dem Standpunkt: wir werden das Gute nehmen, wo wir es finden. Die Herren von der freisinnigen Partei haben mir diese Aeußerung bei jeder Gelegenheit vorgehalten, wo sie glaubten, das Gute liegt nach ihrer Seite hin. Nun aber, wo wir glauben, das Gute liegt nach der anderen Seite hin, sollen wir an dem Grundsatz nicht mehr festhalten! (Beifall rechts).

Finanzminister Dr. Miquel: Die gegenwärtige Lage bedeutet keineswegs eine Bestätigung des Standpunktes des Herrn Rickert gegenüber der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Denn unsere Staatsbahnen verzinsen selbst nach dem vorliegenden Etat nicht blos die gesammte Staatsschuld und die gesetzliche Tilgung derselben, sondern liefern außerdem noch in die allgemeine Staatskasse einen Ueberschuß von 160 Millionen ab. Wenn Herr Rickert weiter sagt, daß das Staatsbahnsystem sich nicht im Stande gezeigt hat, wirthschaftliche Reformen durchzuführen, so erinnere ich ihn daran, daß im Laufe der Jahre auf dem Gebiete des Tarifwesens Reformen zur Durchführung gelangt sind, die über 100 Millionen Mark gekostet haben. Auch die Bemerkung, daß für die Meliorationen verschiedener Landestheile durch die Eisenbahnen nicht genügend gesorgt worden sei, steht im Widerspruch mit seinen Warnungen gegen das Uebermaß von Sekundärbahnen. Wenn aber der Staat die großen rentabeln Linien nicht in der Hand gehabt hätte, wäre er nimmer in der Lage gewesen, so viele schwach rentirende Bahnen zu bauen in Gegenden, die eine solche Aufhilfe unbedingt nothwendig haben (Beifall rechts). Daß die Ueberschüsse auf die allgemeine Staatsverwaltung gewirkt haben, wie die Ueberweisungen aus der lex Huene auf die Kreise, kann nicht in Abrede gestellt werden. Das ist aber kein Vorwurf für irgend einen, das liegt in der Natur der Sache. Es ist ein Fehler in der Organisation. Die Ausgaben bei der Eisenbahnverwaltung müssen genau darauf hin geprüft werden, ob ohne Gefährdung der Gesammtaufgaben der Eisenbahnverwaltung an diesen Ausgaben selbst Ersparungen vorgenommen werden können, und zugleich müssen wir in der allgemeinen Finanzverwaltung bezüglich der Ausgaben vorsichtiger sein als in den Vorjahren. Wenn nicht neue Einnahmequellen eröffnet werden können, so muß man sich eben nach der Decke strecken. Wenn Herr Rickert meinte, das Greifen auf den allgemeinen Beutel wäre überall stärker geworden, so sehen wir das doch nicht bloß im staatlichen, sondern auch im kommunalen Leben. Während die Stadtverordnetenkollegien früher besonders die Sparsamkeit predigten, gegenüber den naturgemäß vorwärts treibenden Wünschen der Exekutive, findet man heute fast durchgängig das Gegentheil. Wenn die Vertretungskörper in Staat und Kommune in dieser Beziehung sich wieder auf ihre Aufgabe besinnen, so wird das eine Garantie für eine dauernde, solide Verwaltung sowohl für den Staat wie für die Kommunen sein. Die Grundlage unserer Finanzverwaltung ist trotz momentaner Schwierigkeiten durchaus gesund. Außer den Eisenbahnen besitzt der preußische Staat ein reiches gewaltiges Domanium, gewaltige Forstkomplexe mit bedeutenden Ueberschüssen und große Erträge aus seinen Bergwerken. Es braucht für die Verzinsung der Staatsschuld nicht ein Pfennig dem Bürger abgefordert zu werden. Wo ist ein Staat, der so solide finanzielle Grundlagen hat? Wir haben nun die Aufgabe, diese Grundlagen zu erhalten. (Beifall rechts.)

Herr Rickert befürchtet, daß die Resultate der Steuereinschätzung mangelhaft sein würden in den ländlichen Bezirken. Wir im Finanzministerium würden uns gegenwärtig ein solches Urtheil nicht erlauben, denn wir kennen dieses Ergebniß noch nicht. Einzelne Nachrichten in den Zeitungen, die auf vielfach falschen Darstellungen beruhen, können keinen Aufschluß geben. Das haben wir vorher gewußt, daß die Einschätzung und die Durchführung des neuen Verfahrens viel schwieriger und im Anfang unvollkommener sein wird bezüglich des Einkommens aus landwirthschaftlichen Betrieben als aus Kapital und Gewerbe. Das liegt aber in den Schwierigkeiten der Dinge selbst. Die Veranlagung wird aber nach und nach eine bessere überall werden, namentlich wo über die vielen Zweifel, die heute noch überall bestehen, volle Klarheit geschaffen ist. In Sachsen ist man auch erst jetzt auf eine annähernd richtige Erfassung des vollen Einkommens gekommen. Jedenfalls aber hat sich schon jetzt herausgestellt, wie nothwendig die Steuerreform gewesen ist. (Zustimmung rechts.) Es hat sich gezeigt, daß sehr große Einkommensummen bisher vollständig unversteuert geblieben sind. Natürlich trifft das in höherem Grade zu, von dem nicht sichtlich vor uns liegenden Kapitaleinkommen, und die Gerechtigkeit erfordert, daß hier eine ebenso gleichmäßige Heranziehung erfolgt wie es mit der Grund- und Gebäudesteuer für den Grundbesitz geschehen ist, damit alle Klassen ohne Ausnahme gleichmäßig an den Staatslasten theilnehmen.

Die beiden Minister, welche die östlichen Provinzen besucht haben, haben sich gehütet, Hoffnungen zu erregen, welche sie nicht erfüllen konnten. Es war eine Informationsreise, bei der man allerdings auch sehen wollte, ob und was für die Provinzen durch den Staat geschehen könnte. Die Schwierigkeiten liegen in der Lage der Provinzen und der Wirthschaftspolitik des Nachbars, und diese kann kein Staat beseitigen. Wenn ungemessene Hoffnungen an die Reise geknüpft worden sind, ist das nicht unsere Schuld. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen sind aber bereits einige nützliche Maßnahmen getroffen worden. Auch die Einführung des Staffeltarifs wird hoffentlich von Vortheil sein. Sollten aber die Seestädte dadurch zu sehr geschädigt werden, so wird die Regierung erwägen, wie man solche Schäden abwenden kann. Eine ganze Reihe Etatspositionen kommen den am meisten bedrängten Provinzen zu Gute, und die Regierung ist auch voll durchdrungen davon, daß der gesammte Staat die Verpflichtung hat, diesen am schwersten betroffenen Provinzen nöthigenfalls mit finanziellen Opfern zu Hilfe zu kommen.

Mit der Ablösung der Stolgebühren ist die Regierung nur den Beschlüssen des Landtags gefolgt. Der Finanzminister hat nicht nur sparsam mit den Staatsmitteln umzugehen, sondern er hat auch mitzuwirken an der distributiven Gerechtigkeit bei Verwendung dieser Mittel, und das ist hier vollauf geschehen. Gekargt ist überall da, wo es sich um nicht unbedingt nöthige Ausgaben handelte. Sollten die Herren noch andere unnöthige Ausgaben im Etat finden, so werden sie bei mir ein williges Ohr finden. (Abg. Rickert: Wir werden uns das merken!) Bisher hat man aber niemals erhebliche Absetzungen am Etat machen können, und ich fürchte, auch diesmal wird es nicht anders sein.

Kultusminister Graf Zedlitz: Der von Herrn Rickert speziell an meine Adresse gerichtete Vorwurf, daß die offiziöse Presse erneut in Gang gesetzt werde, geht von falschen Voraussetzungen aus. Wenn eine Reihe von Zeitungen vor der Veröffentlichung des Wortlautes des Volksschulgesetzes gewisse Mittheilungen über den Inhalt desselben gebracht haben, so lag das einfach daran, daß ich es für meine Pflicht halte, die Thür des Kultusministeriums für Niemand geschlossen zu halten und wenn Herren zu mir kommen, um sich über so wichtige Dinge mit mir zu unterhalten, ich ihnen offen und ehrlich meine Meinung sage. Von einer Beeinflussung der Presse kann aber keine Rede sein. Diese Mittheilungen sind ja auch in den Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen erschienen und ich habe mit Herren von allen Parteien in gleicher Weise die Dinge besprochen, soweit es ohne Verletzung des Amtsgeheimnisses möglich war

Wenn Herr Rickert behauptet, daß der Volksschulgesetzentwurf aus der Staatsschule eine Kirchenschule mache, so scheint er denselben nicht ganz durchgelesen zu haben, sonst müßte ihm klar sein, daß das wesentlichste Hoheitsrecht, das der Aufsicht für den Staat ganz unangetastet bleibt, und ferner, daß der Entwurf an keine Partei und keine Konfession eine Konzession macht, sondern nur an das Verfassungsrecht des preußischen Staates und sich unmittelbar anlehnt an das, was alle meine Amtsvorgänger auf diesem Gebiete als Verwaltungsrecht praktisch durchgeführt haben (Zustimmung rechts), was seit hundert Jahren in Preußen praktisch gewesen ist. (Beifall rechts und im Centrum; Widerspruch links.)

Abg. Hobrecht (nl.): Daß aus der Eisenbahnverstaatlichung sich Schwierigkeiten ergeben könnten, haben wir von Anfang an für möglich gehalten: man kann also daraus nicht erst neue Momente dagegen hernehmen. Die Verstaatlichung ist doch nicht aus finanziellem Interesse erfolgt, sondern aus allgemeinem Verkehrsinteresse. Von Anfang an ist auch bekannt worden, daß eine bestimmte Grenze zwischen dem Eisenbahnbudget und der sonstigen Finanzgestaltung des Staates zu ziehen ist. Man wird ernstlich bedenken müssen, ob nicht stärkere Garantien geschaffen werden können für die Stabilität der Eisenbahnerträgnisse. Wir beantragen die Verweisung des Eisenbahnetats an eine besondere Kommission, in der gerade eine Lösung dieser Frage versucht werden muß.

Gewiß bieten die Finanzen gegenwärtig keinen Anlaß zum Pessimismus. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß doch in der Bevölkerung ein tiefgehender Pessimismus herrscht, der sich aufs Höchste vermehrt hat durch die Einbringung des neuen Volksschulgesetzes. Unsere Verfassung geht von der Voraussetzung aus, daß Staat und Kirche inbezug auf die Frage der sittlich-religiösen Erziehung durchaus einig sind, und diese Uebereinstimmung hat sich ja auch in der That erhalten, die Regierung hat darin unbedingt stets die Verfassung erfüllt. Sobald das System hier in Paragraphen gebracht ist, wird ein Gegensatz geschaffen und hierdurch wird ein Konflikt in die Brust des armen Lehrers gelegt, und da es sich für diesen um eine Existenzfrage handelt, wird er in Versuchung geführt, ein Heuchler und Augendiener zu sein (Lebhafte Zustimmung links); denn niemand kann zweien Herren dienen. Weite Kreise theilen meine Ueberzeugung. Besonders bedenklich aber ist die Schwächung der Autorität der Unterrichtsverwaltung in den polnischen Landestheilen. Hier wird durch das vermeintliche Wohlwollen gegen das Polenthum, das jetzt beliebt wird, das polnische Selbstgefühl nur noch weiter bestärkt werden, bis es schließlich wieder zu einer Krisis führt. Dies Schulgesetz ist nur die Ausführung der Windthorstschen Schulanträge. Wir vertheidigen die Verfassung, die Autorität des Staates, und wir treten an die Berathung in der Hoffnung, daß wir uns auch bei den Konservativen nicht vergebens um Kampfgenossen umsehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Eisenbahnminister Thielen: Das jetzige Ergebniß der Eisenbahnen ist keineswegs durch unwirthschaftliche Maßregeln oder durch Unterlassungen der Verwaltung herbeigeführt. Dagegen spricht schon die umsichtige und zielbewußte Leitung meines Amtsvorgängers. Der Staatseisenbahnbetrieb ist ein gewagtes Geschäft, er unterliegt denselben Gesetzen des Gedeihens, wie Privatunternehmungen auch. Die Ausgaben sind überall, auch in der Landwirthschaft und in der Industrie, erheblich gestiegen; bei der Eisenbahnverwaltung drückt sich das aber noch schärfer aus. Aber im Laufe der Zeit kommen immer Ausgleichungen vor. Unsere Aufgabe wird sich also vorläufig darauf beschränken müssen, die Personentarife auf einfache und übersichtliche Normen zurückzuführen und Erleichterungen im Verkehr zu schaffen. Eine solche Erleichterung bildet die Neuregelung des Berliner Vorortsverkehrs. Betreffs des Güterverkehrs können weiter gehende Reformen bei der ungünstigen Finanzlage des Staates auch nicht in Aussicht gestellt werden. Eine Reform haben wir durchgeführt, die Staffeltarife. Unter den Ausgaben nehmen den breitesten Raum ein die Personalausgaben, die eine Vermehrung erfahren haben durch Erhöhung der Besoldungen und Löhne und durch Mehreinstellungen in Folge des gestiegenen Verkehrs. Auch die weitere Durchführung der Sonntagsruhe hat Ausgaben verursacht. Zu den persönlichen Ausgaben kommt die Steigerung der Ausgaben für Material. Die Züge sind erheblich vermehrt worden. Die Erhöhung der Kohlenpreise hat ebenfalls hohe Ausgaben verursacht. Zum Theil haben wir noch Vorräthe aus der Zeit der Streiks, wo wir theuere Kohlen aus dem Auslande beziehen mußten, und wobei wir die Erfahrung machten, daß unsere einheimischen Kohlen für unsere Zwecke nützlicher sind, als die englische Kohle. Zu diesen Ausgaben kommen die für Unterhaltungskosten und für die Erneuerung des bereits abgenutzten Betriebsmaterials. Kosten verursachte auch die durchgeführte Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen.

Im gegenwärtigen Moment wird eine weise Zurückhaltung in der Ausgestaltung von Reformen eintreten müssen; besonders die Reform des Personentarifs. Die Reform der Personentarife ist auch nicht so dringend, daß sie auch in Zeiten einer minder günstigen Finanzlage unbedingt durchgeführt werden muß. Die Frage, in welchem Maße die Sekundärbahnen schuld sind an den Ausfällen des Eisenbahnetats, ist sehr schwer zu beurtheilen. Man kann das Ergebniß vielleicht auf 10 Proz. des gesammten Minderüberschusses annehmen. Aber das Staatsbahnsystem hat es ermöglicht, durch Schaffung von Sekundärbahnen die Wohlthaten schnellen Verkehrs vielen Gegenden zu bringen. Wenn auch die Privatbahnen viel Gutes geleistet haben, so waren sie es doch nur im Stande mit Hilfe des Staates; aber erst das Staatsbahnsystem hat eine gleichmäßige Vertheilung der Wohlthat raschen Verkehrs geschaffen. (Beifall rechts.)

Kultusminister Graf v. Zedlitz: Herr Hobrecht hat das Schulgesetz gewissermaßen charakterisirt als die Ausführung der Windthorstschen Anträge. Der Wortlaut derselben stimmt aber mit dem, was in dem Schulgesetz enthalten ist, nicht überein. Denn gerade das absolut freie Ermessen der kirchlichen Organe in dem Schulgesetz wird beschränkt durch die staatliche Genehmigung und Einwirkung. Nach den Forderungen des Herrn Hobrecht würde der in vielen Beziehungen jetzt bestehende Konflikt verewigt werden. Die Stärkung des Deutschthums in den östlichen Provinzen schließt doch nicht ein, daß man die zur Zeit noch nicht völlig der deutschen Kultur Gewonnenen als außerhalb des Landesrechtes stehend betrachtet. Wer von Geburt kein Deutscher ist, sich aber den Gesetzen des Landes pure fügt, muß ebenso behandelt werden wie ein Deutscher. Für seine Ansicht, daß das deutsche Staatsinteresse zu Gunsten ausländischer Nationalinteressen vernachlässigt werde, kann er Thatsachen nicht angeben, sondern er sprach nur aus einem allgemeinen, unbestimmten Gefühl heraus. Das ist doch die Reinkultur des Beunruhigungsbazillus in der höchsten Potenz. Mit der Zulassung des polni-

schen Privatunterrichts haben wir weder das staatliche Interesse verletzt noch den Rechtsboden verlassen. Die Besorgniß, daß auch Deutsche an dem Unterricht Theil nehmen könnten, ist ganz unbegründet. Aber selbst wenn das der Fall ist, so müssen wir doch bedenken, daß in jenen Gegenden das polnische Element in Handwerk und Landwirthschaft das Uebergewicht hat. Der Theil der Bevölkerung nun, der doppelsprachig ist, hat ein eminentes soziales Uebergewicht über den anderen. Diese Sprachinteressen stehen mit den sozialen und wirthschaftlichen Interessen in enger Verbindung, und da muß man nicht mit zu scharfem Schwert schneiden. Man muß im Leben drin gestanden haben, um zu wissen, wie die Verhältnisse liegen.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 3½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

153. Sitzung vom 21. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Abkommens mit Oesterreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz.

Abg. Schmidt-Elberfeld (df.) spricht seine Befriedigung über das Abkommen aus. Der bisherige Weg einer beiläufigen Regelung in dem Handelsvertrage mit Oesterreich habe nicht länger beibehalten werden können. Durch das Abkommen würde Fälschungen und Täuschungen vorgebeugt. Redner vermißt in dem Abkommen aber noch eine Bestimmung, welche die Nachahmung eines für ein neues Fabrikat eigens erfundenen Namens verbiete. Ebenso hält Redner eine Bestimmung für nöthig, welche es verhindert, daß ausländische Fabrikate unter deutschem Namen auftreten.

Bundesbevollmächtigter Geh.-Rath Nieberding erklärt, die Regierung habe es nicht für zweckmäßig gehalten, im gegenwärtigen Augenblick in dem Abkommen weiter zu gehen. Die deutsche Industrie erhalte durch das Abkommen große Vortheile und Garantien. Die Regierung beabsichtige in der nächsten Session eine Vorlage betr. Schutz der Waarenbezeichnungen einzubringen.

Abg. Dr. Hammacher (ntl.) ist mit der Tendenz des Abkommens einverstanden, hat aber ebenso wie Abg. Schmidt-Elberfeld Bedenken gegen einzelne Bestimmungen. Namentlich sei Deutschland in Bezug auf die Bestimmungen über das Erlöschen von Patenten nicht mit Oesterreich gleichgestellt. Ferner schließe das Abkommen noch immer nicht aus, daß in Bezug auf die Bezeichnung des Fabrikationslandes betrügerische Manipulationen vorgenommen werden. Redner beantragt Kommissionsberathung.

Abg. Menzer (k.) hat ebenfalls einige Bedenken gegen das Abkommen, erklärt aber auch die Zustimmung seiner Partei zu demselben.

Abg. Sambhammer (dfr.) ist für eine Kommissionsberathung auch auf die Gefahr einer Verzögerung des Inkrafttretens der Konvention. Es würde dann in Zukunft ein besseres Abkommen geschlossen werden.

Hierauf wird das Abkommen einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Graf v. Saldern-Ahlimb (k., 3. Potsdam) beantragt die Kommission für giltig zu erklären.

Abg. Munckel (df.) erklärt den Beschluß der Kommission für unannehmbar. Mit 5 gegen 4 Stimmen habe die Kommission beschlossen, daß die blaugrünen Stimmzettel, die auf dem Tisch des Hauses niedergelegt seien, weiß seien (Heiterkeit). Manche Leute erklärten schwarz für weiß; aber blaugrün für weiß zu erklären, sei erst der Kommission vorbehalten. Man habe diese Stimmzettel sofort aus den übrigen herausfinden können; damit sei das Urtheil über die Wahl gesprochen. (Sehr wahr!) Er beantrage die Ungiltigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Dr. Dohrn (df.) schließt sich dem Antrage des Vorredners an. Die Kommission habe zweimal Beschlüsse in dieser Angelegenheit gefaßt, und das zweite Mal mit einer zufälligen Majorität sich in Widerspruch mit dem ersten gesetzt.

Abg. Gröber (Ztr.) erklärt den Kommissionsbeschluß für nicht loyal (Präsident v. Levetzow rügt diesen Ausdruck). Man habe die Stimmzettel sofort herausfinden können, von einem Geheimniß der Wahl habe hier keine Rede sein können.

Abg. v. Steinau-Steinrück (k.): Da es der Vorredner gewesen sei, der gegen die Kommission grob gewesen sei, brauche er nicht noch „Gröber" zu sein. (Rufe: Au! Präsident v. Levetzow: Hier ist niemand grob!) Redner tritt dem Kommissionsbeschluß bei. Nur wer von vornherein die Absicht habe, die Wahl zu kassiren, könne die verschiedenen Farbennuancen des Papieres unterscheiden.

Abg. Vollrath (df.): Der Reichstag hat, als er sich zum ersten Mal mit dieser Wahl beschäftigte, die Zettel für bläulich erklärt. Mir zog damals ein konservativer Abgeordneter einen solchen bläulichen Zettel unter den Fingern weg (Präsident v. Levetzow erklärt eine solche Unterstellung für unzulässig); er hat das nicht gethan, um ihn verschwinden zu lassen, sondern zum Zwecke des Studiums. (Präsident v. Levetzow: Dann hätten Sie es gleich sagen sollen! Heiterkeit). In der Stadt Ruppin allein sind 691 solche Zettel als blaugrüne Zettel erkannt, Graf Saldern-Ahlimb ist aber nur mit 140 Stimmen Majorität gewählt. Schon deshalb müßte die Wahl kassirt werden.

Abg. Schneider-Hamm (natl.) erachtet die Stimmzettel für weiß. Das Papier der „Nationalzeitung" unterscheide sich von dem Papier der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ebenso, wie diese Stimmzettel von den anderen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) ist der Ansicht, daß kein Wähler abgehalten sei, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Auf vielen Stimmzetteln sei der Name des Grafen Saldern-Ahlimb ausgestrichen und der Name eines anderen Kandidaten an seine Stelle gesetzt worden. Deshalb kommt es auf die Nuanzirung des Papiers nicht an. Eine Absichtlichkeit des konservativen Wahlkomites sei ausgeschlossen. (Lachen links.)

In namentlicher Abstimmung wird die Wahl mit 112 gegen 95 Stimmen für giltig erklärt. Dagegen stimmen Freisinnige, Sozialdemokraten, Volksparteiler, Antisemiten geschlossen, sowie die Zentrumsabgeordneten Gröber und Krebs.

Die Wahlen der Abgg. Merbach (Rp., 9 Sachsen,) Abt (nl., 4 Pfalz), Pieschel (Schwarzburg) und Dau (Stolp-Lauenburg) werden für giltig erklärt, die Beschlußfassung über die Wahl des Abg. Scipio (nl., 6 Hessen) ausgesetzt und der Reichskanzler zur Anstellung von Erhebungen über einige Wahlprotestpunkte aufgefordert.

Die Wahl des Abg. Fürst Bismarck wird nach dem Kommissionsbeschluß für giltig erklärt, mit einer Resolution an den Reichskanzler auf Abstellung verschiedener Verstöße gegen das Wahlgesetz.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Handelsvertrag mit der Schweiz.) Schluß 5 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 21. Januar. Der Bundesrath hat in seiner heutigen unter dem Vorsitze des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers v. Bötticher abgehaltenen Sitzung den Entwurf eines Checkgesetzes den Ausschüssen für Handel und Gewerbe und für Justizwesen überwiesen.

Berlin, 21. Januar. Amtlicher Mittheilung zufolge ist die Dampfschifffahrt auf der Strecke Dagebüll-Föhr-Amrum Eiseshalber eingestellt. Die Güterbeförderung auf dieser Strecke ist bis auf Weiteres ausgeschlossen.

Crefeld, 21. Januar. Das Betriebsamt Crefeld theilt mit, daß der Rheintrajekt Spyck-Welle, Strecke Cleve-Zevenaar, von heute ab wegen Eisgangs gesperrt ist. Reisende nach und von Holland müssen über Cleve-Nymegen oder rechtsrheinisch über Oberhausen-Emmerich fahren.

Coblenz, 21. Januar. Der Trajektbetrieb auf der Strecke Bonn-Oberkassel ist heute Mittag wegen Eisganges eingestellt.

Hamburg, 20. Jan. Die Bürgerschaft hat sich in der prinzipiellen Frage, ob die Hamburger Gaswerke in Zukunft vom Staate verwaltet oder verpachtet werden sollen, mit Dreifünftel Mehrheit für die staatliche Verwaltung entschieden.

München, 21. Januar. Die Kammer der Abgeordneten beendigte die Berathung des Eisenbahnetats. Die Gesammteinnahmen sind im Betrage von 109625620 Mk., die Betriebsausgaben mit 38027944 Mk. bewilligt.

Wien, 21. Jan. Die Meldungen einiger Blätter von einer angeblichen Verlobung der Kronprinzessin-Wittwe Stephanie sind vollkommen unbegründet.

Petersburg, 21. Jan. Auf die Meldung, daß mehrere Spekulanten in den östlichen Gouvernements des europäischen Rußland wie Ufa, Orenburg u. a. große Getreidemengen aufgespeichert hielten, um aus der Steigerung der Getreidepreise Nutzen zu ziehen, entsandte der Kaiser das Stadthaupt von Moskau, Alexejew, mit dem Auftrage dorthin, für die nothleidenden Gouvernements Getreide bis zu 15 Millionen Rubel anzukaufen. Alexejew ist mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet und befugt, für den Fall, daß die Spekulanten das Getreide nicht zu annehmbaren Preisen ablassen sollten, dasselbe zu sequestriren. Vor seiner Abreise wurde Alexejew vom Kaiser und vom Großfürsten-Thronfolger empfangen.

Petersburg, 21. Jan. Gestern hat im Gouvernement Pensa die Ausführung der öffentlichen Arbeiten begonnen, welche behufs Beschäftigung der Nothleidenden in den vom Mißwachs betroffenen Gegenden vorgenommen werden sollen. Der Jahreszeit entsprechend werden zunächst Forstarbeiten in Angriff genommen, worauf zu Wegebauten und zur Errichtung von Getreidespeichern übergegangen werden soll.

Rom, 21. Jan. In politischen Kreisen erhalten sich trotz der offiziösen Dementis die Gerüchte von einer Erkrankung des Papstes.

Paris, 21. Jan. Gleichzeitig mit der Entsendung seiner Zeugen zu Constans benachrichtigte Laur die Staatsanwaltschaft, daß er gegen Constans eine Anklage wegen eines Verbrechens einreichen werde, welches dieser während der Ausübung seines Amtes begangen habe. In Abgeordnetenkreisen fragt man sich, ob Laur hierbei die ihm zugefügten Thätlichkeiten als ein Verbrechen bezeichne oder ob er auf die Anschuldigungen des „Intransigeant" gegen Constans anspiele. Im ersteren Falle würde es sich nur um ein einfaches Vergehen, nicht um ein Verbrechen handeln; im letzteren Falle stände nach Meinung der Deputirtenkreise das Recht der Einleitung eines Verfahrens nur dem Gerichte zu.

Madrid, 21. Jan. Nach Meldungen aus San Fernando (Provinz Cadix) werden daselbst anarchistische Ruhestörungen befürchtet. Es seien umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Wie aus Xeres gemeldet wird, herrschte dort gestern Abend in Folge des Gerüchtes, daß von anarchistischer Seite Unruhen vorbereitet würden, große Erregung. Die Truppen seien konsignirt worden.

Brüssel, 21. Jan. Die Zentralsektion der Repräsentantenkammer genehmigte einstimmig den Gesetzentwurf, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, die Handelsbeziehungen Belgiens mit denjenigen Staaten, deren Handelsverträge mit Belgien ablaufen, provisorisch zu regeln. Der Bericht der Sektion konstatirt, daß für die nach Spanien exportirten belgischen Produkte der bisherige Tarif noch bis zum 30. Juli in Kraft bleiben soll, ebenso wie für die englischen Produkte. Ferner soll auf Grund des Artikels 2 der Vorlage die belgische Regierung ermächtigt sein, den verschleierten Exportprämien, welche aus den Artikeln 10 und 13 des französischen Zolltarifs herzuleiten wären, einen Riegel vorzuschieben.

London, 21. Jan. Professor Couch Adams, Direktor der Sternwarte von Cambridge, bekannt durch seinen Antheil an der Entdeckung des Planeten Neptun im Jahre 1845, ist gestorben.

London, 21. Jan. Der Dampfer „Moltke" aus Memel, mit einer Ladung Bauholz unterwegs, streifte heute früh, als er die Themse aufwärts fuhr, den Dampfer „Gannet" und stieß darauf mit dem Dampfer „Carlo Poeiro" zusammen. Der „Moltke" sank in Folge dieses Zusammenstoßes.

London, 20. Jan. Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Rio de Janeiro gemeldet, unter den Gefangenen der im Eingang des Hafens von Santa Cruz gelegenen Festung sei gestern ein Aufstand ausgebrochen, die Aufständischen hätten sich der Festung und zweier Forts bemächtigt und als Hauptforderung die Rückkehr des Marschalls Fonseca zur Präsidentschaft aufgestellt. Von den Wällen herab hätten sie unausgesetzt ein lebhaftes Gewehrfeuer unterhalten. Bei einem heute Vormittag jedoch gleichzeitig von Landtruppen und Kriegsschiffen unternommenen Angriff sei die Festung nach halbstündigem Kampfe wieder übergeben worden. Der Führer der Aufständischen habe sich getödtet.

London, 21. Jan. Die Bank von England hat heute den Diskont von 3½ auf 3 Prozent herabgesetzt.

Athen, 21. Jan. Gestern früh 4 Uhr 20 Min. fand in Larissa ein heftiges Erdbeben statt, dessen Wirkungen in ganz Thessalien verspürt wurden. Man erblickt darin eine Bestätigung der Annahme, daß die Erderschütterungen in Thessalien jetzt periodisch auftreten. — Der kürzlich in Egypten verstorbene Grieche Vassany hat aus seinem Nachlasse 5 Millionen Frcs. zu Gunsten der griechischen Flotte vermacht.

Washington, 20. Jan. Die Münzkommission des Repräsentantenhauses wird sich am 2. Februar darüber schlüssig machen, ob dem Repräsentantenhause ein Gesetzentwurf, welcher die freie Silberprägung gestattet, vorgelegt werden soll. Man glaubt, daß die Majorität der Kommission für die Vorlegung stimmen werde.

Paris, 22. Jan. Einer Meldung aus Buenos-Ayres zufolge brachen in der Provinz Mendoza Unruhen aus. Zahlreiche Personen wurden getödtet oder verwundet. Zur Wiederherstellung der Ruhe schickte die Zentralregierung einen bevollmächtigten Kommissar ab.

Rom, 22. Jan. Dem „Moniteur de Rome" zufolge besteht das Unwohlsein des Papstes in leichter Heiserkeit. Vorsichtshalber verließ der Papst in den letzten beiden Tagen das Zimmer nicht und schob die dringenden Audienzen wieder auf.

Tiflis, 22. Jan. Auf der transkaukasischen Eisenbahn stießen heute zwei Güterzüge zusammen. Beide Züge geriethen in Brand, sechs Fahrbeamte sind todt, drei verwundet. Wie es heißt, war der Zug mit Petroleum beladen.

Gestern früh verschied nach kurzem Krankenlager unser geliebtes Töchterchen **Flora** im Alter von 7 Jahren, was Freunden und Bekannten tiefbetrübt mittheilen 985

H. Lichtenstein u. Frau,

geb. **Gross.**

Beerdigung Freitag, Nachmittag 2½ Uhr, vom Trauerhause Naumannstraße 8.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 21. Jan. Fest.

Neue 3proz. Reichsanleihe 84,50, 3½proz. L.-Pfandbr. 96,75, Konsol. Türken 18,40, Türk. Loose 69,50, 4proz. ung. Goldrente 92,90, Bresl. Diskontobank 92,40, Breslauer Wechslerbank 92,50, Kreditaktien 164,25, Schles. Bankverein 110,00, Donnersmarckhütte 82,10, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 125,50, Oberschles. Eisenbahn 59,10, Oberschles. Portland-Zement 98,00, Schles. Cement 136,00, Oppeln. Zement 100,40, Schles. Dampf. C. —,—, Kramsta 120,00, Schles. Zinkaktien 198,50, Laurahütte 112,00, Verein. Oelfabr. 88,75, Oesterreich. Banknoten 172,50, Russ. Banknoten 200,00.

Frankfurt a. M., 21. Jan. (Schlußkurse.) Fest.

Lond. Wechsel 20,362, 4proz. Reichsanleihe 107,00, österr. Silberrente 81,00, 4⅕proz. Papierrente —,—, do. 4proz. Goldrente 96,00, 1860er Loose 124,40, 4proz. ungar. Goldrente 93,00, Italiener 91,00, 1880er Russen 92,80, 3. Orientanl. 63,60, unifiz. Egypter 96,00, konv. Türken 18,40, 4proz. türk. Anl. 82,70, 3proz. port. Anl. 29,10, 5proz. serb. Rente 84,80, 5proz. amort. Rumänier 97,90, 6proz. konsol. Mexik. 82,00, Böhm. Westb. 297¾, Böhm. Nordbahn 163⅝, Franzosen 254¾, Galizier 181¼, Gotthardbahn 139,10, Lombarden 83⅛, Lübeck-Büchen 146,00, Nordwestbahn 184⅛, Kreditaktien 255¼, Darmstädter 123,00, Mitteld. Kredit 99,00, Reichsb. 142,90, Disk.-Kommandit 178,00, Dresdner Bank 137,60, Pariser Wechsel 80,925, Wiener Wechsel 172,05, serbische Tabaksrente 85,00, Bochum. Gußstahl 115,60, Dortmund. Union 60,20, Harpener Bergwerk 149,20, Hibernia 129,00, 4proz. Spanier 63,70, Mainzer 112,90.

Privatdiskont 1⅞ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 255¼, Disk.-Kommandit 178,10, Bochumer Gußstahl —,—, Harpener —,—, Lombarden —,

Paris, 21. Jan. (Schlußkurse.) Matt in Folge der abermaligen Baisse in Portugiesen.

3proz. amortisirte Rente 96,35, 3proz. Rente 95,32½, 4½proz. Anl. 105,87½, Italien. 5% Rente 90,10, österr. Goldr. 96½, 4% ungar. Goldr. 92,12, 3. Orient-Anl. 64,00, 4proz. Russen 1889 93,10, Egypter 480,62, konv. Türken 18,65, Türkenloose 70,00, Lombarden 222,50, do. Prioritäten 311,00, Banque Ottomane 554,00, Panama 5proz. Obligat. 22,00, Rio Tinto 455,00, Tabaksaktien —,—, Neue 3proz. Rente 94,47, 3proz. Portugiesen 26⅜, Neue 3proz. Russen 76,31.

Neuer scharfer Rückgang Portugiesen drückte allgemein. Baisse anscheinend hervorgerufen durch Verkäufe mit kürzlich stattgehabter Lombardirungs-Transaktion zusammenhängend. Fonds meistens matter, nur Spanier recht fest, Parquetwerthe niedriger, Rio Tinto flau auf große englische Verkäufe. — Der Minister des Innern, Constans, hat das Ansinnen des Syndikus der Agents de change, das regelmäßige Stattfinden der Abendbörse zu untersagen, abgelehnt und ebenso wie der Finanzminister Rouvier sich für die Zulässigkeit des Kulissenverkehrs ausgesprochen.

Buenos-Ayres, 20. Jan. Goldagio 286,00.

Rio de Janeiro, 20. Jan. Heute Feiertag.

Produkten-Kurse.

Köln, 21. Jan. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 23,00, do. fremder loko 24,00, p. März 21,40, p. Mai 21,40. Roggen hiesiger loko 23,00, fremder loko 24,75, p. März 22,40, per Mai 22,50. Hafer hiesiger loko 15,25, fremder —. Rüböl loko 64,00, p. Mai 60,10, p. Oktober 58,90. — Wetter: Frost.

Bremen, 21. Jan. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins. 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 129½ Gd., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 101⅝ bez.

Bremen, 21. Jan. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Sehr fest. Loko 6,80 Br.

Baumwolle. Stetig. Upland middl., loko 39 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Jan. 38¾ Pf., Febr. 38¾ Pf., März 39 Pf., April 39¼ Pf., Mai 39¾ Pf., Juni 40 Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox — Pf., Armour 34¾ Pf., Rohe — Pf., Fairbanks 32 Pf.

Wolle. 117 Ballen Cap, — Ballen Natal, 19 Ballen Buenos-Ayres, — Ballen Austral.

Speck short clear middl. Ruhig. 33 Br.

Hamburg, 21. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko ruh., holstein. loko neuer 218—228. — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 218—247, russ. loko ruhig, neuer 192—198 nom. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) still, loko 61,00. — Spiritus flau. per

Jan. 36 1/4 Br., p. Jan.-Febr. 36 1/4 Br., per April-Mai 36 1/4 Br., per Mai-Juni 36 1/2 Br. — Kaffee fest. Umsatz —,— Sack. — Petroleum fest, Standard white loko 6,40 Br., p. Jan.-März 6,25 Br. — Wetter: Frost.

Hamburg, 21. Jan. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg p. Januar 14,77 1/2, p. März 14,95, p. Mai 15,22 1/2, p. August 15,50. Ruhig.

Hamburg, 21. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Jan. 68 3/4, per März 65, per Mai 62 3/4, per Juli 61 1/2. Behauptet.

Pest, 21. Januar. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 10,71 Gd., 10,73 Br., per Herbst 9,61 Gd., 9,63 Br. Hafer p. Frühjahr 6,22 Gd., 6,24 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5,67 Gd., 5,69 Br. — Kohlraps p. Aug.-Sept. 13,60 Gd., 13,70 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 21. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. Jan. 25,50, p. Februar 25,70, p. März-April 26,20, p. März-Juni 26,50. — Roggen ruhig, per Jan. 20,10, per März-Juni 21,20. — Mehl träge, p. Januar 55,25, p. Febr. 55,40, p. März-April 56,30, p. März-Juni 56,90. Rüböl ruhig, p. Jan. 58,25, p. Febr. 58,50, p. März-April 59,25, p. März-Juni 59,50. — Spiritus fest, p. Jan. 46,25, p. Febr. 45,25, p. März-April 45,25, p. Mai-August 45,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 21. Jan. (Schlußbericht.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 39,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 Kilo p. Januar 40,75, p. Febr. 41,12 1/2, p. März-Juni 41,87 1/2, p. Mai-August 42,25.

Havre, 21. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hausse.
Rio Feiertag.

Havre, 21. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 81,75, p. Mai 78,25, p. Sept. 75,75. Ruhig.

Antwerpen, 21. Jan. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Febr. 4,30, p. März —, p. April 4,35, p. Juni —,—, p. Juli 4,45, p. Sept. —,— Käufer.

Antwerpen, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 21. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16 3/4 bez. und Br., p. Jan. 16 1/8 Br., p. Febr. 16 Br., p. Sept.-Dez. 15 7/8 Br. Stetig.

Amsterdam, 21. Jan. Bancazinn 55.

Amsterdam, 21. Jan. Java-Kaffee good ordinary 52 3/4.

Amsterdam, 21. Jan. Getreidemarkt. Weizen p. März 250, p. Mai 254. Roggen p. März 225, p. Mai 230.

London, 21. Jan. 96 pCt. Javazucker loko 16 1/4 ruhig. Rüben-Rohzucker loko 14 3/4 fest. Centrifugal Cuba —.

London, 21. Jan. Chili-Kupfer 45 1/8, per 3 Monat 45 5/8.

Glasgow, 21. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh.

Liverpool, 21. Jan. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10 000 Ball. Fest. Tagesimport 7 000 Ball.

Liverpool, 21. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Amerikaner fest, 1/16 höher, Surats träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: Jan.-Feb. 4 3/32 Käuferpreis, März-April 4 9/64 do., April-Mai 4 3/16 do., Juni-Juli 4 15/64 Werth, Aug.-Sept. 4 3/8 d. Käuferpreis.

Liverpool, 21. Jan. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner good ordinary 3 3/4, do. low middling 3 15/16, Amerikaner middling 4 1/8, middling fair 4 9/16, Pernam fair 4 11/16, do. good fair 5 1/16, Ceara fair 4 5/8, do. good fair 4 7/8, Bahia fair —, Maceio fair 4 11/16, Maranham fair 4 3/4, Egyptian brown fair 4 9/16, do. d. good fair 4 13/16, do. do. good 5 1/4, do. do. white fair 4 7/8, do. do. good fair 5, do. do. good 5 3/8, M. G. Broach good 3 9/16, do. fine 4, Dhollerah fair 3 1/16, do. good fair 3 5/16, Dhollerah good 3 9/16, do. fine 3 15/16, Oomra fair 3 1/8, do. good fair 3 3/8, do. good 3 5/8, do. fine 3 15/16, Scinde good fair —, do. good 3 1/4, Bengal good fair 2 15/16, do. good 3 1/4, do. fine 3 11/16, Madras, Tinnivelly, fair 3 7/16, do. do. good fair 3 5/8, do. do. good 4 1/16, do. Western fair 2 15/16, do. do. good fair 3 1/4, do. do. good 3 1/2, Peru rough fair —, do. do. good fair 8 5/8, do. do. good 9, do. moder. rough fair 5 13/16, do. do. do. good fair 6 5/8, do. do. do. good 7 13/16, do. smooth fair 4 1/2, do. do. good fair 4 11/16.

Newyork, 20. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7 5/8, do. in New-Orleans 7 1/8. Raff. Petroleum Standard white in New-York 6,45 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,80, do. Pipeline Certificates p. Februar 62 1/4. Ziemlich fest. Schmalz loko 6,67, do. Rohe u. Brothers 6,95. Speck short clear Chicago 6,00, Pork Chicago p. Jan. 11,40. Zucker (Fair refining Muscovados) 3. Mais (New) p. Febr. 49 5/4, p. März 49 5/4, p. Mai 49 1/8. Rother Winterweizen loko 103 7/8. Kaffee Rio Nr. 7, 13 5/8. — Mehl 4 D. 15 C. Getreidefracht 4. — Kupfer 10,85—11,00. — Rother Weizen per p. Jan. 102 5/8, p. Febr. 102 3/4, p. März 103 3/4, p. Mai 103 5/8. Kaffee Nr. 7. low ordinär p. Febr. 12,47, p. April 12,05.

Newyork, 21. Jan. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per Febr. 63. Weizen per Mai 102 1/8.

Berlin, 22. Jan. Wetter: Kalt.

Newyork, 21. Jan. Winterweizen Rother p. Jan. 102 1/4 C. p. Febr. 102 1/2 C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 21. Januar. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zum Theil etwas erhöhten Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten.

Das Geschäft entwickelte sich auf einigen Gebieten etwas lebhafter, ohne doch im Ganzen großen Umfang zu gewinnen. Bei sehr zurückhaltendem Angebot und hervortretendem Deckungsbegehr konnten die Kurse sich anfangs noch etwas bessern, jedoch machte sich weiterhin in Folge von Realisationen theilweise eine kleine Abschwächung geltend. Der Börsenschluß blieb fest.

Der Kapitalsmarkt wies gute Festigkeit auf für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; 3proz. Reichs- und preußische konsolidirte Anleihe etwas lebhafter und besser.

Fremde, festen Zins tragende Papiere verkehrten gleichfalls in fester Haltung, aber zumeist ruhig; 4prozentige ungarische Goldrente fester und lebhafter, russische Anleihen und Noten sowie Italiener gut behauptet.

Der Privatdiskont wurde mit 1 5/8 Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas höherer Notiz mit unwesentlichen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen ziemlich behauptet, Lombarden fester; Dux-Bodenbach schwächer, Buschtiehrader sowie Schweizerische Bahnen, namentlich Central- und Nordostbahn, etwas besser und lebhafter.

Inländische Eisenbahnaktien waren behauptet und ruhig, Ostpreußische Südbahn schwächer.

Bankaktien recht fest; die spekulativen Devisen, besonders Diskonto-Kommandit-Antheile, Aktien der Deutschen und Darmstädter Bank steigend und belebt.

Industriepapiere fest, aber zumeist ruhig; Montanwerthe lebhafter und ziemlich fest; Aktien von Kohlenbergwerken nach festerem Beginn abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Jan. In Newyork ist Weizen gestern um 1/2 C. gestiegen. Auch hier eröffnete der Getreidemarkt in sehr fester Haltung und die Preise für Weizen und Roggen zogen um 1 Mark an. Später trat ein starkes Angebot in den Markt und auch für effektive Waare hatte sich die Nachfrage zurückgezogen, so daß der Aufschlag eingebüßt wurde. Die Haltung wurde späterhin aber wieder eher fester. In Hafer war die Haltung schwach, die Preise gingen um mehrere Mark zurück. Roggenmehl bei geringeren Umsätzen behauptet. Rüböl still und wenig verändert. Spiritus sehr schwach, Lokowaare büßte ca. 1 M. ein, auch Termine erlitten unter starken Schwankungen einen ähnlichen Verlust. Später zeigte sich indeß zu den herabgesetzten Preisen mehr Kauflust.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 K. Loko still. Termine schwankend, schließen fest. Gekündigt — To. Kündigungspreis — Mk. Loko 205—228 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 210 Mk., p. diesen Monat 209,5—208,5—209 bez., p. April-Mai 209—207—208,25 bez., per Mai-Juni 209,5 bis 207,75—208,75 bez., per Juni-Juli 210,25—208,50—209,5 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko flau und schwer verkäuflich. Termine schwankend mit festem Schluß. Gekündigt 250 To. Kündigungspreis 220 Mk. Loko 210—222 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 218 Mk., inländischer, geringer 212—213, guter 215—216, feiner 218 ab Bahn bez., abgel. Anmeldung vom 19./1. cr. 219,5 verkauft, per diesen Monat 220—219 bez., per April-Mai 214,5—213,5—214,75—214,5 bez., per Mai-Juni 211,5—210,5—211,5 bez., p. Juni-Juli 209,25—207,75—208 bez., p. Juli-August —.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 156—204 M. nach Qual. Futtergerste 157—167 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko flau. Termine schwankend. Gekündigt — To. Kündigungspreis — Mk. Loko 157—177 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 161 Mk. Pommerscher, preuß. und schles., mittel bis guter 158—167, hochfeiner 175—176 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat —, per April-Mai 157,5—155—155,75 bez., p. Mai-Juni 155,5—155—155,75 bez., p. Juni-Juli 157,5—155,75—156,5 bez.

Mais per 1000 Kilo. Loko knapp. Termine still. Gekündigt — To. Kündigungspreis — Mk. Loko 159—170 Mk. nach Qual., per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per Febr.-März —, per April-Mai 122,5 bez., per Juni-Juli —.

Erbsen p. 1000 Kilo. Kochwaare 195—240 M., Futterwaare 172—182 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine still. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 29,80—29,90 bez., per April-Mai 29,05—29—29,05 bez., p. Mai-Juni —, p. Juni-Juli —.

Rüböl p. 100 Kilo mit Faß. Termine matt. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., loko ohne Faß — Mk., per diesen Monat — bez., per Jan.-Febr. —, per Febr.-März —, p. April-Mai 57,1—56,8—56,9 bez., p. Mai-Juni —, p. Sept.-Okt. 55,9 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 35,25 M. — Feuchte dgl. p. loko 20,00 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 35,25 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. Termine —. Gekündigt — Kilo Kündigungspreis — M., p. diesen Monat —, per Jan.-Febr. —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis —,— M. Loko ohne Faß 66,5 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt —,— Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 47,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mk. Verbrauchsabgabe. Stark gewichen, mit festerem Schluß. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, p. diesen Monat und p. Jan.-Febr. 47,2—46,8 bez., p. Febr.-März —, per März-April —, per April-Mai 48,2—47,5—48,1—47,9 bez., per Mai-Juni 48,3—47,7—48,1 bez., per Juni-Juli 48,4—48—48,4 bez., p. Juli-Aug. 48,7—48,2—48,6 bez., p. August-Sept. 48,7—48,1—48,5 bez.

Weizenmehl Nr. 00 30,00—27,75, Nr. 0 27,5—26,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,00—29,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 32—30 bez.. Nr. 0 1 1/2 M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: — Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4 1/4 M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. W. österr. = 12 M. 1 fl W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 21.

Amsterdam	3	8 T.	168,55 bz
London	3 1/2	8 T.	20,365 bz
Paris	3	8 T.	80,95 bz
Wien	5	8 T.	172,15 bz
Petersburg	6	3 W.	196,25 bz
Warschau	5 1/2	8 T.	199,10 bz

In Berlin 3 Lomb. 3 1/2 u. 4. Privatd. 1 5/8 G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,365 G.
20 Francs-Stück	16,15 G.
Gold-Dollars	4,1775 G.
Engl.Not. 1 Pfd.Sterl.	20,35 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,95 bz
Oestr. Noten 100 fl.	172,25 bz
Russ. Noten 100 R.	199,60 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche R.-Anl.	4	106,80 bz G.
do. do.	3 1/2	99,25 bz
do. do.	3	84,70 B.
Prss. cons Anl.	4	106,70 G.
do. do.	3 1/2	99,20 bz G.
do. do	3	84,70 G.
do- Scrips,int.	3	
Sts.-Anl. 1868	4	100,90 bz
Sts.Schld-Sch.	3 1/2	99,90 G.
BerlStadt-Obl.	3 1/2	96,20 bz B.
do. do.neue	3 1/2	96,20 bz B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	93,25 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	113,10 G.
do.	4 1/2	110,80 G.
do.	4	103,70 G.
do.	3 1/2	97,00 G.
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3 1/2	96,00 bz G.
Kur. u Neu-mrk.neue	3 1/2	95,60 bz
do.	4	
Ostpreuss	3 1/2	95,20 G
Pommer.	3 1/2	95,80 bz
do.	4	
Posensch.	4	101,60 bz G.
do.	3 1/2	95,80 bz G.
Schls.altl.	3 1/2	96,70 G.
do. do.	4	
ldschl.LtA.	3 1/2	96,70 G.
do.	4	
do.do.neu	3 1/2	96,76 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3 1/2	95,25 bz
do.neul. II.	3 1/2	95,50 B.
Renten: Pommer.	4	102,70 B.
Posensch.	4	102,40 G.
Preuss.	4	102,40 G.
Schles.	4	102,40 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	105,00 G.
Bayer. Anleihe	4	106,10 G.
Brem. A. 1890	3 1/2	96,0[illegible] G.
Hmb.Sts. Rent.	3 1/2	97,20 bz G.
do. do. 1886	3	84,00 bz G.
do. amort Anl.	3 1/2	96,00 bz G.
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	85,70 bz G.
Prss.Präm-Anl.	3 1/2	154,75 bz G.
H.Pr.-Sch.40T.	—	352,50 G.
Bad.-Präm.-An.	4	138,75 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,75 G.

Brnsch. 20. T.L.	—	105,00 bz G.
Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	132,60 G.
Dess. Präm.-A.	3 1/2	138,00 G.
Ham. 50 T.-L.	3	135,80 bz G.
Lüb. 50 T.-L.	3 1/2	128,30 bz
Mein. 7Guld-L.	—	27,50 bz G.
Oldenb. Loose	3	128,75 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	37,50 bz
do. do.	5	28,10 G.
Bukar.Stadt-A.	5	94,50 bz G.
Buen. Air.G.-A.	5	27,50 bz
Chines. Anl.	5 1/2	102,50 bz G.
Dän. Sts.-A.86.	3 1/2	
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	88,30 bz
do. 1890	3 1/2	96,00 G.
do, Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,10 G.
Griech. Gold-A	5	73,50 bz B.
do. cons. Gold	4	54,10 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	69,75 bz
Italien. Rente..	5	90,90 G.
Kopenh. St.-A.	3 1/2	91,75 G.
Lissab.St.A.I.II.	4	46,00 bz
Mexikan. Anl.	6	84,10 bz
Mosk. Stadt-A.	5	62,75 G.
Norw.Hyp-Obl	3 1/2	91,50 bz
do. Conv.A.88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	95,00 bz
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	81,00 B.
do. do.	5	88,75 G.
do. Silb.-Rent.	4 1/5	83,90 G.
do. 250 Fl. 54.	4	123,30 bz
do.Kr.100(58)	—	326,00 bz G.
do. 1860er L.	5	124,25 bz G.
do. 1864er L.	—	316,50 bz G.
Poln.Pf-Br.I-IV	5	62,80 bz
do.Liq.-Pf.-Br.	4	63,25 bz
Portugies.Anl. 1888—89	4 1/2	38,40 bz G.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	104,06 bz
Röm. Stadt-A.	4	88,40 G.
do. II. III. VI.	4	81,25 bz G.
Rum. Staats-R.	4	83,90 bz G.
do. do. Rente	4	83,90 bz G.
do. do. fund.	5	101,70 bz
do.do.amort.	5	93,90 bz G.
Rss.Engl.A. 1822 (1 Pfd. St. = 20 M.)	5	
do. 1859	3	80,50 bz
cons.1871		
do. 1872		
do. 1873		
do. 1875	4 1/2	
do. 1889	4	
do. 1880	4	92,70 bz
Russ. Goldrent	6	
do. 1884stpfl.	5	101,50 bz
I. Orient 1877	5	
II. Orient1878	5	63,70 bz
III.Orient1879	5	63,70 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol.Schatz-O.	4	
Prä.-Anl. 1864	5	145,75 bz
do. 1866	5	
Bodkr.-Pfdbr.	5	100,30 B.
do. neue	4 1/2	94,70 B.
Schwedische	3 1/2	93,70 bz
Schw. d. 1890	3 1/2	93,60 B.
do. 1888	3	84,80 bz G.
Schw. Hyp.-Pf.	4 1/2	102,50 bz
Serb.Gld-Pfdb.	5	91,25 bz
do. Rente	5	84,60 bz G.
do. do. neue	5	85,30 bz G.
Stockh. St.-A. 87	4	98,80 bz
do. St.-Anl. 87	3 1/2	
Span. Schuld	4	
Türk.A. 1865in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	25,20 G.
do. do. C.	1	18,55 bz G.
do.Consol. 90	4	70,10 G.
do.Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L.	—	68,90 bz
do. EgTrib-Anl	4 1/2	94,90 G.
Ung. Gld-Rent.	4	93,00 B.
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,50 B.
do. do. do	4 1/2	101,00 bz G.
do.Papier-Rnt.	5	88,75 bz
do. Loose	—	250,70 bz
do.Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105 50 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	63,75 bz
Altenbg.-Zeitz	—	176,25 bz B.
Crefelder	4 4/5	99,00 bz
Crefld-Uerdng	—	
Dortm.-Ensch.	—	105,60 G.
Eutin-Lübeck	—	47,40 bz
Frnkf.-Güterb.	—	78,00 G.
Ludwsh.-Bexb.	10	222,00 bz
Lübeck-Büch.	—	150,25 bz
Mainz-Ludwsh	—	116,75 G.
Marnb.-Mlawk.	—	55,50 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,10 bz
Ostpr. Südb.	—	70,50 bz
Saalbahn	—	33,50 bz G.
Stargr.-Posen	4 1/2	102,10 G.
Weimar.Gera	—	26,20 bz G.
Werrabahn	—	77,30 B.
Albrechtsbahn	1	
Aussig-Teplitz	—	
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7 1/2	
Brünn. Lokalb.	—	76,75 bz
Buschtherader	—	210,40 B.
Canada Pacifb.	5	91,30 G.
Dux-Bodenb.	—	232,80 bz
Galiz. Karl-L.	4	90,60 G.
Graz-Köflach	—	
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4 3/4	89,40 bz
Lemberg-Cz.	7	106,25 bz
Oestr. Staatsb.	—	127 60 bz
do. Lokalb.	—	76,25 bz
do. Nordw.	4 3/4	92,80 bz
do.Lit.B.Elb.	—	104,60 bz
Raab-Oedenb.	—	25,25 bz
Reichenb.-P.	3,81	78,10 G.
Südöstr. (Lb.)	—	44,90 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	86,30 bz
Balt. Eisenb.	3	63,60 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	3	64,00 bz G.
Russ. Staatsb.	6,56	128,00 bz
do. Südwest.	5,93	70,40 B.

Warsch-Teres	5	
do. Wien.	—	215,25 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	142 30 bz
Ital. Mittelm.	—	95.25 bz G
Ital.Merid.-Bah	7 1/5	125,10 bz
Lüttich-Lmb.	—	21,00 bz G
Lux. Pr. Henri	—	50,30 bz G
Schweiz.Centr	—	133,40 bz
do. Nordost	—	112,60 bz
do. Unionb.	—	71,70 bz
do. Westb.		
Westsicilian.	—	58,10 bz G

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4 4/5	119,[illegible] bz
Bresl-Warsch.	—	46,50 bz
Czakat.-St.-Pr.	—	101,80 B.
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4 1/2	
Szatmar-Nag.	—	85,50 G.
Dortm.-Gron.	—	113,50 G.
Marienb Mlawk	—	107,00 bz G
Mecklb. Südb.	—	26,00 bz G
Ostpr. Südbah	—	103 90 bz
Saalbahn	—	103,30 bz B.
Weimar-Gera	—	88 80 G

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3 1/2	98,20 bz B.
Berl. Potsd.-M.	4	
BrslSchwFrb H		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 90	3 1/2	95,75 G.
Meckl Fr.Franz		
Nied-Märk III.S		
Oberschl.Lit.B	3 1/2	
do. Lit. E.	3 1/2	97,90 B.
do.Em.v.1879		
doNiedrsZwg	3 1/2	
do (StargPos)	4	101,30 bz
OstprSüdb I-IV	4 1/2	103,75 G.
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	
BuschGold-Ob	4 1/2	102,75 bz B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	106,85 B.
do.	4	99,75 bz
Franz.-Josefb.	4	
Gal KLudwg. g.	4 1/2	86,50 B.
do. do. 1890	4	81,40 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	97,25 G.
Kronp Rudolfb	4	81,80 bz G
do.Salzkammg	4	100,00 B.
Lmb Czernstfr	4	79,25 B.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g	3	84,10 G.
do. Staats- I.II	5	1[illegible]0,75 bz G
do.Gold-Prio.	4	100 40 B.
do. Lokalbahn	4 1/2	
do. Nordwestb	5	92,20 G.
do.NdwB.G.-Pr	5	106,65 bz B
do. Lt. B. Elbth.	5	92 00 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,10 G.

Reichenb.-Prior. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	
Südost. B. (Lb.)	3	63,60 B.
do. Obligation.	5	103,50 bz G.
do. Gold-Prior.	4	97,10 G.
Baltische gar.	5	95,50 bz
Brest-Grajewo	5	93,90 G.
Gr.Russ. Eis. gar.	3	
Ivang.-Dombr. g.	4 1/2	97,00 bz
Koziow-Wor. g.	4	83,40 bz G.
do. 1889	4	86,60 G.
do. Chark.As.(O)	4	84,70 bz
do. (Oblig.)1889	4	88,10 bz
Kursk-Kiewconv	4	85,80 bz G.
Losowo-Sebast.	5	92,60 G.
Mosco-Jaroslaw	5	62,50 G.
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	87,50 bz
do.Smolen k g.	5	99,30 bz
Orel-Griasy conv	4	83,40 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koslow g	4	85,30 bz G.
Rjaschk-Moroz g	5	99,30 bz
Rybinsk-Bolog.	5	86,60 bz G.
Schuja-Ivan. gar.	5	
Südwestb. gar.	4	89,50 bz
Transkaukas. g.	3	75,60 G.
Warsch.-Ter. g.	5	99,30 G.
Warsch-Wien n.	4	97,75 bz B.
Wladikawk. O. g.	4	87,25 bz
Zarskoe-Selo	5	88,60 G.
Anatol.Gold-Obl.	5	84,00 bz G.
Gotthardbahncv.	4	102,50 bz G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,50 G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	86,40 bz B.
do. Lit. B.	5	85,60 bz G.
Süd.Ital. Bahn	3	
Central-Pacific	5	108,00 G.
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4 1/2	96,00 B.
Northern Pacific	6	114,50 B.
San Louis-Francisco	6	106,00 bz
Southern Pacific	6	

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3 1/2	100,00 G.
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3 1/2	112,25 bz G.
do. do. II.	3 1/2	107,20 bz B.
do. do. III. abg.	3 1/2	96,40 G.
do. do. IV. abg.	3 1/2	96,40 bz G
do. do. V. abg.	3 1/2	91,80 G.
do. Hp. B. Pf. IV.V.VI.	5	110,75 G.
do. do.	4	101,40 bz G.
do. do.	3 1/2	92,60 G.
Hmb.Hyp.-Pf. (rz.100)	4	
do. do. (rz.100)	3 1/2	91,80 bz
MeiningerHyp-Pfdbr.	4	100,80 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,50 B.
Pomm.Hypoth.-Akt.-B.-Pfandbr. III. u. VI.	4	101,00 bz G.
PrB.-Gr.unkb (rz110)	5	113,10 G.
do.Sr.III.V.VI. (rz100)	5	107,00 G.
do. do. (rz.115)	4 1/2	115,00 bz
do. do.X. (rz.110)	4 1/2	110,25 bz G.
do. do. (rz.100)	4	100,70 B.
Pr.Centr.-Pf. (rz.100)	4	101,75 bz
do. do. (rz.100)	3 1/2	93,25 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr.Centr.-Pf. Com-O	3 1/2	93,25 bz G.

Pr.Hyp.-Bl. (rz 120)	4 1/2	115,50 G.
do. do. VI. (rz.110)	5	110,90 G.
do. div.Ser. (rz.100)	4	101,20 bz G.
do. do. (rz.100)	3 1/2	93,40 bz G.
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2	100,00 G.
do. do. do.	4	100,80 B.
do. do. do.	3 1/2	93,10 bz G.
Schles.B.-Cr (rz.100)	4	100,25 B.
do. do. (rz.100)	3 1/2	93,50 G.
Stettin, Nat.-Hyp.-Cr.	5	
do. do. (rz.110)	4 1/2	103,00 B.
do. do. (rz.110)	4	99,90 bz
do. do. (rz.100)	4	99,60 G.

Bankpapiere.

B.f.Sprit-Prod. H.	3	61,00 bz G.
Berl. Cassenver.	7 1/4	133,60 bz
do. Handelsges.	9 1/2	137,90 bz
do. Maklerver.	11	127,00 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	13 1/2	155,00 bz G.
Bresl. Disc.-Bk.	6	92,60 bz G.
do. Wechslerbk.	6	93,30 G.
Danz. Privatbank	8 1/4	
Darmstädter Bk.	9	
do. do. Zettel	4,4	
Deutsche Bank	10	157,75 bz
do. Genossensch.	7	122 00 G.
do. Hp.Bk.60pCt.	6 1/2	110,60 G.
Disc.-Command.	11	181,70 bz
Dresdener Bank	10	141,40 bz
Gothaer Grundcreditbank	0	83,00 bz G.
Internat. Bank	6	102,00 bz
Königsb. Ver.-Bk	4	94,10 G.
Leipziger Credit	12	162,85 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	6 1/2	101,60 G.
Maklerbank	11 1/2	119,75 bz B.
Mecklenb.-Hyp. u. Wechs.	8	125,75 G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	101,00 bz G.
Mitteld.Crdt.-Bk.	6	102 40 bz
Nationalbk. f. D.	9	119,70 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	81,00 bz G.
Oester.Credit-A.	10 5/8	04,10 bz
Petersb.Disc.-Bk	16	
do. Intern. Bk.	12.1	
Pom. Vorz.-Akt.	6	107,50 bz G.
Posen. Prov.-Bk.	6	106,00 bz G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7 1/2	119,00 B
do.Cnt-Bd.50pCt	10	152,50 G.
do.Hyp.-Akt.-Bk.	6 1/2	117,75 G.
do. Hyp.-V. A.-G. 25 pCt.	8	101,80 G.
do.Immob.-Bank 80 pCt.	15	275,00 bz
do. Leihhaus	8	94,75 B.
Reichsbank	8.81	143 40 G.
Russische Bank	7	63,90 G.
Schles. Bankver.	7	109,70 G.
Warsch Comrzb.	10	
do. Disconto	8,9	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	9	41,40 bz
Anglo Ct. Guano	—	145,10 G.
Bauges. Berl.-Charl.	—	148,75 G.
Bauges. City St.-Pr.	—	
Bauges. Dtsche. Bau	—	71,00 B.
Bauges. Hann. St.-P.	—	[illegible],25 G.
Bauges. Humb	—	128,00 G.
Moabit	—	124 50 bz G.
Passage	—	69,50 bz G.
U. d. Linden	—	
Berl.Elektr-W.	9	158,00 bz
Berl. Lagerhof	—	79,00 bz
do. do. St.-Pr.	—	105 50 bz G.
Ahrens Br., Mbt	0	46,00 G.
Berl. Bock-Br.	0	51,90 bz B.
Schultheiss-Br	16	245,00 bz G.
Bresl. Oelw.	10	89,90 B.
Deutsch. Asph.	—	74,75 G.
DynamitTrust-	11	138,00 bz
Erdmannsd. Sp	—	91,00 bz G.
Fraust. Zucker	0	69 25 bz G.
Glauz. do.	8 2/3	129,10 G.
GummiHarbg.-Wien	20	241,00 bz G.
do. Schwanitz	18	176,00 bz G.
doVoigtWinde	—	118 50 G.
do.VolplSchlüt	—	95,75 G.
HemmoorCem	—	106,25 bz G.
Köhlm. Strk.	14	
Körbisdf.Zuck.	8	122,75 bz G.
Löwe & Co.	—	228,50 bz G.
Bresl. Linke	—	151,50 bz G.
do. Hofm.	—	
Germ-Vrz.-Akt	6	79,50 bz G.
Görlitz ov.	10	124,00 B.
Görl. Lüdr.	13	153,60 G.
Grusonwrk.	10	141,50 bz G.
H. Paucksch.	0	
Schwarzkopff.	18	235,00 bz G.
Stettin.Vulk.-B	—	114 25 bz G.
Sudenburg	—	256,00 G.
O.-Schl. Cham.	10	92,50 G.
do. Portl.-Cem	—	98,75 bz G.
OppelnCem-F.	—	100,60 bz G.
do. (Giesel)	—	103,50 bz G.
Gr.Berl.Pferdb	—	227,00 bz
Hamb. Pferdeb	—	153 00 B.
Potsd.ov.Pfdrb	—	85 50 G.
Posen.Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	—	62,50 bz G.
Schles. Cem.	—	135 75 bz G.
StettBred.Cem	—	107,00 bz G.
do. Chamott.	—	201,75 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	—	130,50 bz G.
Berzelius	—	122,25 bz G.
Bismarckhütte	8	122,75 G.
BochGussst-F.	6 1/2	115,50 bz G.
Donnersmrck	—	74,75 bz
Dortm. St-Pr.A	2	60,25 bz
Gelsenkirchen	—	141,50 bz
Hibernia	—	132,50 bz
Hörd St.-Pr.-A.	0	46,00 bz G.
Inowrazl. Salz	—	33,25 bz G.
König u. Laura	8	112,00 bz G.
Lauchham. ov.	10	117,50 G.
Louis.TiefStPr	14	120,90 B.
Oberschl. Bd.	—	60,10 bz G.
do. Eisen-Ind.	11	121,00 G.
Redenh.St.-Pr.	—	36,80 bz G.
Riebeck. Mont.	15	177,50 bz B.
Schles. Kohlw.	0	33,50 bz G.
do. Zinkhütt.	18	198,00 B.
do. do. St.-Pr.	18	197,90 bz G.
Stolb. Zk.-H.	3 1/2	54,50 bz G.
do. St.-Pr.	8 1/2	16 75 G.
Tarnowitz ov.		
do. do. St.-Pr.	0	31,25 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.